LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/21506**

25.09.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 8633 vom 26. August 2026
der Abgeordneten Sven W. Tritschler und Markus Wagner
Drucksache 18/20969

Europäisches Zentrum für demokratische Resilienz – Beteiligung von Nordrhein-Westfalen

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Am 24. Februar 2026 hat das „Europäische Zentrum für demokratische Resilienz“ (ECDR) seine Arbeit aufgenommen. Deutschland nimmt daran teil. Das ECDR ist ein Kernbestandteil des im November 2025 vorgestellten „Europäischen Schutzschilds für die Demokratie“ („European Democracy Shield“). Dieser soll als übergreifende Strategie dem Schutz und der Stärkung der Demokratien in den EU-Mitgliedstaaten dienen. Der Schutzschild steht auf drei Säulen: dem Schutz der Informationssphäre, der Stärkung demokratischer Institutionen und freier Medien sowie der Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz und des Engagements der Bürger.

Die Exekutiv-Vizepräsidentin für technologische Souveränität und Demokratie, Henna Virkkunen erklärte zum ECDR: „Das Zentrum für demokratische Resilienz unterstreicht unser unerschütterliches Engagement für die Festigung unserer Demokratien. Das Zentrum soll antizipativ, inklusiv und innovativ arbeiten und alle Bereiche der Gesellschaft und der öffentlichen Hand einbinden. Gemeinsam verteidigen wir nicht nur unsere demokratischen Ideale; wir revitalisieren sie für künftige Generationen.“

ECDR-Schwerpunktbereiche für das erste Jahr sind u. a. die Entwicklung von Instrumenten zum Schutz der Integrität von Wahlen, ein EU-Konzeptentwurf zur Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie von Desinformation, die Einrichtung einer eigenen Plattform der Interessenträger, die unabhängige Akteure wie Organisationen der Zivilgesellschaft, Denkfabriken, Hochschulen, Faktenprüfer, Medien u. ä. zusammenbringt, sowie die Erprobung verschiedener Modelle für die Einbeziehung der Bürger in die Bemühungen um den Schutz der Demokratie.[1]

Es gibt regelmäßige Treffen der nationalen Kontaktstellen der EU-Mitgliedstaaten mit dem ECDR-Sekretariat. Deutschland war bei diesen Treffen vertreten. Die nationalen Kontaktstellen sind allerdings bislang nicht öffentlich dokumentiert.

[1] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_459 – abgerufen am 17.08.2026
https://commission.europa.eu/topics/democracy/eu-actions-protect-democracy_de – abgerufen am 17.08.2026

Datum des Originals: 25.09.2026/Ausgegeben: 01.10.2026

In NRW bestehen bereits Programme gegen Desinformation u. ä., die perspektivisch mit den EU-Strukturen vernetzt werden können.

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei hat die Kleine Anfrage 8633 mit Schreiben vom 25. September 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten sowie allen übrigen Mitgliedern der Landesregierung beantwortet.

1. Welche Behörden, Ressorts oder Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen sind an der Arbeit des Zentrums beteiligt oder werden über dessen Tätigkeit informiert?

2. Welche Informationen, Lagebilder, Warnungen oder vergleichbare Hinweise hat die Landesregierung bzw. haben die nordrhein-westfälischen Behörden u. ä. seit Beginn der Tätigkeit des ECDR vom Zentrum erhalten und welche an das Zentrum übermittelt?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Behörden, Ressorts oder Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen sind nicht an der Arbeit des „Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz“ beteiligt und werden auch nicht gezielt über dessen Tätigkeit informiert. Seitens der Landesregierung oder ihr nachgeordneter Behörden wurden keine Informationen an das Zentrum übermittelt.

3. Wie sieht die Landesregierung die Rolle der Faktenchecker und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der operativen Umsetzung des Demokratieschildes bzw. des Europäischen Zentrums für demokratische Resilienz?

Aus Sicht der Landesregierung ist die Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen grundsätzlich sinnvoll. Dabei wird – insbesondere mit Blick auf Medienorganisationen, aber auch Faktenprüfer – die nötige Staatsferne gewahrt.

4. Inwieweit plant die Landesregierung, die eigenen Programme und Initiativen (Medienkompetenzrahmen NRW, Aktionsplan gegen Desinformation, Arbeit des Demokratiezentrums NRW, fakeOFF etc.) mit dem ECDR zu vernetzen und an die Definitionen und Prioritäten des Europäischen Demokratieschildes anzupassen?

Eine Vernetzung eigener Programme der Landesregierung mit dem „Europäischen Zentrum für demokratische Resilienz“ schließt die Landesregierung da, wo es sinnvoll erscheint, grundsätzlich nicht aus (auf die Antwort auf die Fragen 1 und 2 wird verwiesen). Definitionen und Prioritätensetzung verbleiben gleichwohl auf Landesebene.

Das Demokratiezentrum NRW, ehemals Landeskoordinierungs-stelle gegen Rechtsextremismus und Rassismus NRW, ist seit diesem Jahr unter dem Dach der Landeszentrale für politische Bildung beim Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen angesiedelt.

5. Sieht die Landesregierung die Gefahr, dass über das ECDR und den Europäischen Schutzschild für die Demokratie Aufgaben und Bewertungen in den Bereichen Meinungsfreiheit, Medien und politische Kommunikation zentralisiert werden, die nach der föderalen Ordnung den Ländern obliegen, und falls nein, aus welchen Gründen schließt sie diese aus?

Der „Europäische Schutzschild für die Demokratie“ verändert die Zuständigkeiten der EU sowie der Mitgliedstaaten nicht.